

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Fritz Kuhn, Jürgen Trittin, Birgitt Bender, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fahrplan zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten nach der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 11. August 2006

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Gewalt und Gegengewalt erschüttern den Nahen Osten nun schon seit Jahren. Seit der Ermordung von Jitzchak Rabin und dem Scheitern von Camp David scheint die Situation immer aussichtsloser zu werden. Dabei ist zumindest die Antwort auf die Zukunft des palästinensischen und des jüdischen Volkes klar: Es muss zwei Staaten geben, die lebensfähig sind und sich gegenseitig anerkennen. Eine solche Lösung könnte den Weg bereiten für weitere Schritte der Befriedung in der Region.

Mit dem UNIFIL-Mandat nach dem Krieg zwischen der Hisbollah und Israel ergibt sich eine neue Chance auf notwendige Verständigungen in der Region. Die internationale Gemeinschaft darf deswegen nicht bei militärischen Maßnahmen stehen bleiben, sondern sollte sehr entschieden zu neuen politischen Initiativen finden.

2. Grundbedingung für einen Erfolg der UNIFIL-Mission im Libanon, an der die Bundesregierung mit Seestreitkräften beteiligt ist, ist ein inklusiver politischer Prozess im Nahen Osten und die Ingangsetzung eines umfassenden Friedensprozesses. Dazu gehören aktive und rasche Schritte zur Stabilisierung im Libanon sowie ein realistischer Fahrplan für Fortschritte zur Lösung der Konflikte in der Region. Das Fenster für entsprechende Maßnahmen ist nach dem jüngsten Krieg auch nach Einschätzung der Akteure in der Region selbst aufgrund der instabilen Situation eng und zeitlich begrenzt. Dies zeigt sich aktuell in der Destabilisierung der libanesischen Regierung durch den Rückzug der schiitischen Minister von Amal und der Hisbollah. Gleichzeitig hat sich die Hisbollah nach eigenen Angaben wieder aufgerüstet. Die Fragilität der aktuellen Situation unterstreichen aber auch die andauernden Verletzungen der UN-Resolution 1701 durch Israel. Dessen Überflüge über libanesischem Hoheitsgebiet haben sich gegenüber der Vorkriegszeit sogar gesteigert. Durch die Teilnahme an UNIFIL zur Sicherung der Waffenruhe und Stabilisierung des Libanon liegt es in europäischer und deutscher Mitverantwortung, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen

und aktiv den politischen Fahrplan zu gestalten. Dies ist auch eine Schlüsselfrage für die Sicherheit der eingesetzten UNIFIL-Soldaten.

3. Die bisherigen Instrumente und Pläne zur Lösung des zentralen Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern sowie zur Beilegung regionaler Gegensätze müssen wieder belebt und entscheidend ergänzt werden. Das bisherige Nahostquartett muss noch in diesem Jahr reaktiviert werden. Es sollte auch den Dialog mit für den Friedensprozess zentralen arabischen Staaten (Ägypten als Friedensvertragspartner seit 1978, Saudi-Arabien als Autor der arabischen Initiative von 2002) bzw. der Arabischen Liga vertiefen. Das Quartett muss dann einen konkreten Fahrplan erarbeiten und die Federführung bei der Umsetzung übernehmen.
4. Der israelisch-palästinensische Kernkonflikt schadet nachhaltig dem Gesamtklima in der Region, behindert Wege zu einer regionalen Friedenslösung und ist Hemmschuh für Reformen. Direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien und Umsetzung von Prinzipien der Roadmap sind dringend notwendig. Dazu zählen eine Lösung der Geisel- und Gefangenensfragen, die konsequente Durchsetzung einer Waffenruhe auf beiden Seiten, ein Ende terroristischer Gewalt gegen Israel, wie einer unverhältnismäßigen Kriegsführung letztlich zu Lasten der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel und ein beiderseitiges Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Regelung; sowie ein sofortiger Siedlungsstopp, eine Wiederaufnahme der Zahlungen der von Israel einbehaltenen Steuereinnahmen wie der internationalen Hilfen etwa der EU an eine zukünftige, den internationalen Abkommen verpflichteten Regierung der nationalen Einheit und die Gewährleistung von Zugang und Bewegungsfreiheit in Gaza und Westbank. Letztlich muss in Verhandlungen der israelische Rückzug aus dem Westjordanland inklusive eines möglichen Gebietsaustausches geregelt werden.
5. Ein Schlüsselstaat im regionalen Prozess ist Syrien. Die bisherige Isolationspolitik konnte keine konstruktivere Politik Syriens erzwingen, die syrische Führung hat im Gegenteil das Bündnis mit Iran vertieft. Ebenso hat die bisherige Isolation Syriens nicht zu einem Aufbrechen des diktatorischen politischen Systems, zur Umsetzung innerer Reformen und einem Ende der Unterstützung radikaler Kräfte (z. B. radikaler Hamasflügel in Damaskus, militanter Arm Hisbollahs) geführt. Deshalb besteht die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes von direkten Gesprächen. Dazu bedarf es einer Konsensbildung innerhalb der EU und des Nahostquartetts sowie der Überzeugung der israelischen Regierung vom Nutzen dieser Strategie. Dies hat zur Voraussetzung, dass Syrien in diesem Prozess konstruktiv agiert und die libanesishe Unabhängigkeit respektiert.
6. Der Konflikt um das iranische Atomprogramm sowie die Unterstützung von Kräften wie die Hisbollah durch den Iran erschweren eine Lösung. Eine militärische Motivation des iranischen Atomprogramms kann bisher nicht ausgeschlossen werden. Eine iranische Atombombe hätte einen regionalen Rüstungswettlauf zur Folge und wäre ein Albtraum nicht nur für die regionale Sicherheit. Die internationale Gemeinschaft muss auf dem Verhandlungsweg größte Anstrengungen unternehmen, damit Iran sein Atomprogramm unter internationale Kontrolle stellt. Dafür müssen Iran im Gegenzug weitreichende Kooperationsangebote gemacht werden. Eine konstruktive Rolle Irans – etwa bei der Stabilisierung des durch die US-Intervention mehr und mehr zerfallenden Iraks – hätte aufgrund der zunehmenden regionalen Bedeutung das Potential, zu regionaler Stabilität und Deeskalation entscheidend beizutragen. Die schweren Menschenrechtsverletzungen im Iran und die Vernichtungsdrohungen gegen Israel müssen beendet werden.

7. Entschlossene und multilaterale Diplomatie sind die Grundbedingung für regionale Perspektiven. Der internationalen Gemeinschaft kommt hohe Verantwortung bei der Vertrauensbildung in der Region und der Überzeugung aller Akteure vom Nutzen einer umfassenden Friedenslösung zu. Das betrifft die EU und besonders die Bundesregierung, die bei allen Konfliktparteien in der Region hohes Ansehen genießt. Es gilt nun, endgültig die verfehlte Politik der Isolation im Nahen Osten zu beenden und Verhandlungsmechanismen und direkte Gespräche zwischen den Konfliktparteien in Gang zu setzen.
8. Eine neue umfassende Roadmap (comprehensive roadmap) für eine regionale Friedenslösung im Nahen Osten sollte folgende Schritte beinhalten:
 - konsequente Stabilisierung des Libanon und Unterstützung des innerlibanesischen Dialogs, um den Erfolg von Resolution 1701 und von UNIFIL zu sichern. Hier ist die Transformation der unter iranischem Einfluss stehenden Hisbollah zu einer rein libanesischen und rein politischen Kraft zentrales Projekt. Für die Entwaffnung der Hisbollah ist der nationale Dialog der libanesischen Parteien von zentraler Bedeutung. Er muss darüber hinaus zur grundlegenden Reform und Stabilisierung des politischen Systems führen. Bis dahin müssen die libanesischen Regierung und die libanesischen Sicherheitskräfte durch die internationale Gemeinschaft gestärkt werden. Die anhaltenden Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens destabilisieren die libanesischen Regierung. Sie müssen umgehend beendet werden. Die libanesischen Regierung und die libanesischen Sicherheitskräfte müssen durch die internationale Gemeinschaft gestärkt werden, effizient die Grenze zu Syrien zu überwachen. Das Problem der Shebaa-Farmen kann gelöst werden. In einer ersten Stufe sollte das Gebiet unter VN-Kontrolle gestellt werden, zu Beginn eines israelisch-syrisch-libanesischen Ausgleichs muss Syrien die bereits mündlich erklärte libanesischen Hoheit über die Shebaa-Farmen formal anerkennen und Israel einer Übergabe an die libanesischen Regierung zustimmen;
 - Fortschritte auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung Israel und Palästina durch Umsetzung von Elementen der (alten) Roadmap. Unabhängig von innenpolitischen Entwicklungen in Israel und Palästina sollte das Quartett darauf drängen, dass auf beiden Seiten die notwendigen Anforderungen eingelöst werden. Versäumnisse der Gegenseite dürfen nicht als Ausrede gelten, auf eigene Schritte zu verzichten. Direkte Gespräche politischer Führer müssen auch gegen eventuellen Widerstand radikaler Kräfte stattfinden. Ein verläSSLicher und beidseitiger Waffenstillstand muss durchgesetzt werden. Eine internationale Präsenz zur Beobachtung oder Friedenssicherung ist dabei eine mögliche Option zur Deeskalation, die mit den Konfliktparteien erörtert werden sollte. Raketenangriffe und Terrorakte gegen Israel müssen verhindert werden, Interventionen in die palästinensischen Gebiete unterbleiben. Die derzeitige schwierige humanitäre und ökonomische Lage der Palästinenser muss dringend verbessert, der Zerfall der Institutionen gestoppt werden. Dies liegt auch im Interesse dauerhafter israelischer Sicherheit, die nur durch Stabilität gewährleistet werden kann;
 - den Versuch der Einbindung Syriens in einen politischen Prozess um einen Ausgleich zwischen Israel und Syrien sowie mit dem Libanon zu ermöglichen und das destabilisierende Hegemoniestreben Irans einzudämmen. Dieser Ausgleich ist denkbar, da alle Akteure pragmatische Interessen an einem Friedensschluss haben. Dazu muss Syrien Anreize erhalten und die bisherige kontraproduktive Isolationspolitik durch die EU beendet werden. Syrien hat ein Interesse an der Wiedergewinnung der von Israel 1967 besetzten und 1981 annektierten Golanhöhen und an einer Ratifizierung des EU-Nachbarschaftsabkommens. Syrien ist dagegen aufgefordert mit der VN-Kommission zur Untersuchung des Hariri-Mords zu kooperieren,

die libanesische Souveränität anzuerkennen, den Waffenschmuggel an die Hisbollah und das destruktive Agieren des in Damaskus residierenden Hamas Politbürochefs Khaled Meshal zu unterbinden;

- in einem so zu erreichenden syrischen und/oder libanesischen Friedensabkommen mit Israel müssen sich die Vertragsparteien verpflichten, in einem festgesetzten Zeitrahmen zu einer endgültige Zweistaaten-Regelung Israel/Palästina und einer Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems beizutragen. Ein Teil-Friedensschluss darf nicht die Rechte und alleinige politische Verantwortung der Palästinenser in den Verhandlungen über eine endgültige Friedensregelung mit Israel beeinträchtigen;
- ein Friedensschluss zwischen Syrien und/oder Libanon und Israel hätte ohne Zweifel grundlegend positive Wirkung auf das Gesamtklima in der Region. Erst danach sollte die Gründung einer bereits diskutierten „KSZE-Struktur“ für den Nahen und Mittleren Osten (KSZNMO) in Angriff genommen werden. Zunächst sollten ihr Staaten angehören, die den Staat Israel anerkannt haben oder bereit sind, dies im Rahmen der Sicherheitsstruktur zu gewährleisten. Gemeinsam mit dem Quartett sollten diese Staaten die Konfliktparteien bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts unterstützen. Wie im historischen Vorbild der KSZE muss die Achtung der Menschenrechte eine tragende Säule einer KSZNMO sein. Perspektivisch können nur demokratische Staaten und die Achtung der Menschenrechte in der gesamten Region eine dauerhafte Friedensordnung garantieren;
- die stufenweise Umsetzung dieses Fahrplans sollte von einem wirtschaftlichen Entwicklungsplan für die teilnehmenden Staaten der Region begleitet werden, um zusätzliche Anreize zu schaffen und den politischen Prozess zu unterstützen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- aufgrund der Teilnahme im Rahmen des UNIFIL-Mandats eine rasche internationale Abstimmung über Möglichkeiten zur Wiederbelebung des Nahostfriedensprozesses anzustoßen,
- schon auf dem Dezemberrat der EU sich dafür einzusetzen, dass aus dem Vorschlag Frankreichs, Spaniens und Italiens eine europäische Initiative für eine Lösung des Nahostkonflikts wird,
- sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und G8-Präsidentschaft schnellstmöglich für die Wiederbelebung des Nahostquartetts einzusetzen, um mit der Entwicklung und Umsetzung eines politischen Fahrplans für den Friedensprozess in der Region zu beginnen,
- sich im Rahmen dieses Fahrplans für Fortschritte auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung Israel und Palästina einzusetzen,
- eine Einbindung Syriens unter der Bedingung der konstruktiven syrischen Beteiligung aktiv voranzutreiben, die Ratifizierung des EU-Assoziationsabkommens mit Syrien in Aussicht zu stellen und sich insbesondere bei den amerikanischen Partnern für ein Ende der Isolationspolitik einzusetzen,
- eine Wiederaufnahme der syrisch-israelischen Verhandlungen zu unterstützen, deren Ziel die Rückgabe des Golans und Sicherheit für Israel sind,
- einen Ausgleich zwischen Israel, Syrien und Libanon und Lösungsansätze für die trilateralen Streitfragen zu suchen,
- sich bei den amerikanischen und israelischen Partnern für die Notwendigkeit zur Aufnahme von politischen Verhandlungen und Dialog auch mit schwie-

rigen politischen Akteuren in der Region einzusetzen, solange diese keine terroristischen Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele anwenden,

- mit weiteren Maßnahmen zur Stabilisierung des Libanon, und des inner-libanesischen Ausgleichs, sowie zur Beseitigung der Kriegsfolgen, insbesondere der Streubomben und der Umweltschäden beizutragen, und dabei insbesondere einen politischen Prozess zu unterstützen, der zu einer Entwaffnung der Hisbollah führt,
- die wirtschaftliche Entwicklung in der Region im Rahmen des Fahrplans für den Friedensprozess zu fördern,
- sich gegen gravierende Menschenrechtsverletzungen auszusprechen und demokratische zivilgesellschaftliche Kräfte und Oppositionelle bei ihrem Bestreben nach demokratischer Transformation autoritärer Regime zu unterstützen,
- den neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen bei seinen Bemühungen zur Umsetzung der maßgeblichen VN-Resolutionen und Wiederbelebung eines regionalen Friedensprozesses nach Kräften zu unterstützen.

Berlin, den 22. November 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

